Warum ist die Solidare Marktwirtschaft notwendig?

Die Umweltstiftung WWF wies im August 2015 unter Berufung auf das «Global Footprint Network» darauf hin, dass die Menschheit über ihre Verhältnisse lebe: Alle natürlichen Ressourcen, die ab Donnerstag, den 13. August 2015 (Welterschöpfungstag), noch in diesem Jahr verbraucht werden würden, könne die Erde im selben Jahr nicht mehr regenerieren. Vor allem Bewohner der westlichen Industrienationen benötigten vergleichsweise viele Ressourcen, um ihren Lebensstil zu wahren. Sie belasteten die Erde stärker, als sie das rein rechnerisch dürften: Entsprechend würden nach Angaben des «Global Footprint Network» eigentlich 1,6 Planeten benötigt, um den Rohstoffverbrauch auf der Erde zu decken.

Dieser Raubbau an unseren Lebensgrundlagen führt zu weiteren Problemen: Klimaerwärmung, Wirtschaftskriege, verschärfte Aufspaltung der Menschheit in Reiche und Arme, Wirtschaftsterrorismus, Flüchtlingsströme, Entstehen von Hungersnöten, manipulierte Rohstoffpreise, Artensterben. Auch unser Fortbestand scheint gefährdet zu sein. Die Liste von ungelösten Problemen ließe sich beliebig verlängern.

Hauptverantwortlich dafür ist eine Form der Gewinnmaximierung, die - im Einklang mit der herrschenden betriebswirtschaftlichen Lehre - die ungehemmte Gier von Menschen nicht zügelt, sondern zulässt. Diese Wirtschaftsform - so ihre Verfechter - diene den Menschen am besten, weil sie seine bestmögliche Versorgung gewährleiste. Aber geht es in Wirklichkeit vielleicht nur darum, die Renditeerwartungen der Investoren und Finanzinvestoren zu erfüllen? Und als ihre Erfüllungsgehilfen dürfen betriebliche Führungskräfte – und oft nur diese – hohe Gehälter und Boni kassieren. Der Wachstumsfetischismus ist die Grundlage.

Die Fakten (z. B. "Welterschöpfungstag") widersprechen dieser Form der Gewinnmaximierung eindeutig: Gesamtwirtschaftlich gesehen, wird ein wertmäßig höherer Mitteleinsatz (Input) eingesetzt, als dann als Wertschöpfung (Output) herauskommt. Hohe externe Kosten werden nicht in die Preise eingerechnet.

Dass vollkommen deregulierte Märkte sich selber regeln würden, ist ein Widerspruch in sich selber. Sie kennen – wenn überhaupt – nur eine Marktgerechtigkeit, aber keine soziale Gerechtigkeit. Meistens sind sie blind für Investitionen in die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen, weil diese Kosten den Gewinn schmälern und damit das Ziel der Gewinnmaximierung gefährden könnten. Wenige Starke profitieren. Die Kosten und desillusionierenden Zukunftsaussichten tragen wir alle und mit uns alle Lebewesen auf diesem Planeten. Dies darf ein funktionierendes Staatswesen nicht zulassen. Es muss politisch gehandelt werden. Die Solidare Marktwirtschaft bietet den Ansatz für die notwendigen Verbesserungen.

Leonhard Heberlein, OV Ottensoos

Antrag an den Bundesparteitag im Wortlaut nachfolgend



Antrag des OV Ottensoos zur "Solidaren Marktwirtschaft"

A

В

EU

ANTRÄGE ZUM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG 2015

VOM 10. BIS 12. DEZEMBER 2015 IN BERLIN F

G

ı

K

M

0

S

StW

_

U

W

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
		1
		5
		10
		15
		20
		25
		30
		35
StW 57	StW 57	40
Ortsverein Ottensoos (Landesverband Bayern) Die solidare Marktwirtschaft	Ortsverein Ottensoos (Landesverband Bayern) Die solidare Marktwirtschaft	45
Der BPT möge beschließen, in den sich mit wirtschaftspolitischen Fragen befassenden Gremien und Arbeitsgemeinschaften eine Diskussion über die nachfolgenden Grundsätze für eine Solidare Marktwirtschaft aufzunehmen.	Überweisung an SPD-Parteivorstand	50
 Grundsätze Wirtschaften muss eine dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse aller Menschen bewirken. Ziele sind Zufriedenheit, Wohlbefinden und eine empfundene Gerechtigkeit. Wohlstand ist auch ein (untergeordnetes) Kriterium. In einer funktionierenden Wirtschaftsordnung muss ein Handlungsfreiraum erwirtschaftet werden, dass soziale Härten gemindert werden können, 		55
 was durch die politisch Handelnden dann umgesetzt wird. Dauerhaft gute Lebensverhältnisse sind nur in einer intakten Natur möglich. Die Generationen nach uns sind darauf angewiesen, wir im Alter auf diese. Schon allein deswegen ist eine Solidarität der Generationen notwendig. 		60
 Gewinne sind nur dann zu rechtfertigen, wenn dafür eine von unserer Gesellschaft anerkannte, angemessene Leistung erbracht wird. Die Leistungen einzelner sind nicht von so überragender Bedeutung, dass sie die aktuellen riesigen Unterschiede in der Vergütung rechtfertigen. Die notwendigen Güter und Dienstlei- 		65

- Anträge
- stungen können nur gemeinsam in Zusammenarbeit von Unternehmern, Managern und Mitarbeitern erstellt werden. Daraus leitet sich eine Solidarität untereinander ab.
- Eine gelingende Wirtschaftsordnung muss alle genannten Grundsätze vereinen. Sie muss sowohl globale Möglichkeiten als auch regionale Anliegen in Einklang bringen.

2. Lösungsansatz im Prinzip

- Die Solidare Marktwirtschaft basiert weiter auf der Marktwirtschaft, auf Angebot und Nachfrage. Leistung muss sich lohnen. Jeder kann und soll sich mit seiner Arbeit, seinen Ideen, Bedürfnissen, Möglichkeiten und Vorstellungen aktiv einbringen. Dazu ist eine entsprechende Ausbildung nötig. Das lebenslange Lernen, das (spätestens) mit der Geburt wenn notwendig auch mit staatlicher Unterstützung beginnt, ist eine Voraussetzung dafür.
- Von der Bevölkerung demokratisch legitimierte Vertreter auf Zeit beschließen Gesetze (Regeln), eine demokratisch legitimierte Exekutive auf Zeit setzt diese um und unabhängige Gerichte wachen über die Einhaltung dieser Gesetze.
- Menschen halten Regeln ein, wenn diese nachvollziehbar sind, durch ein effektives Belohnungssystem honoriert, kontrolliert und wenn nötig sanktioniert werden. Durch die Gesetze (Regeln) werden die Marktteilnehmer veranlasst, ihr Handeln entsprechend anzupassen, wenn sie ihren Gewinn optimieren wollen.
- Damit die Solidare Marktwirtschaft erfolgreich umgesetzt werden kann, braucht sie einen entsprechend großen Geltungsbereich. Dafür ist für den Anfang mindestens die EU oder ein möglichst großes Gebiet davon notwendig. Ziel sollte unsere ganze Erde sein.

3. Notwendige Veränderungen im Detail

3.1 Die Gewinnoptimierung, Standards und staatliche Regelungen 3.1.1 Die Gewinnoptimierung, die neue Form der Gewinnmaximierung

Die jetzigen Möglichkeiten der Gewinnmaximierung haben zu vielen unserer gegenwärtigen Probleme geführt und würden diese weiter vergrößern. Die Solidare Marktwirtschaft erwartet von den Unternehmen den Gewinn, der bei nachhaltiger Bewirtschaftung erzielt werden kann. Dieses Gewinnziel nimmt nicht mehr die Schädigung oder Zerstörung der Lebensgrundlagen unserer und der nachfolgenden Generationen in Kauf. Von der ganzen Gesellschaft zu tragende externe Kosten können nicht akzeptiert werden. Alle Kosten müssen sich, soweit wie möglich, über das Verursacherprinzip in den Produkt- und Dienstleistungspreisen spiegeln.

Die Gewinnoptimierung ermöglicht den Wirtschaftssubjekten den größten Gewinn, deren Handeln unsere Lebensgrundlagen erhält und gleichzeitig Mitarbeiter angemessen leistungsanteilig entlohnt. Gewinnoptimierung bedeutet, dass nur das Unternehmen, das alle erreichbaren Standards erfüllt, den höchst möglichen Gewinn erreichen kann. Dadurch soll der Gewinn eines Unternehmens dann am größten (optimiert) sein, wenn durch das Erfüllen der Standards auch das Gemeinwohl entsprechend partizipiert.

3.1.2 Standards

Die Standards gibt es in zwei Ausprägungen: Alle oder einzelne Produkte eines Unternehmens erfüllen die Kriterien zu mindestens 90% oder zu 100%. Diese Standards gibt es jeweils für die Umweltverträglichkeit der Bestandteile C (components) eines Produkts, seine Herstellung M (manufacture), einschließlich Transport und Handel und die soziale Gestaltung der Entlohnung und Beschäftigung aller Mitarbeiter S (social standards).

Unter C (components) wird auch die Gewinnung der Roh-, Hilfs-, und Betriebsstoffe einbezogen, eine artgerechte Tierhaltung bei der Tiermast und der Schutz von Lebensräumen wild lebender Tiere. Ein Produkt, das alle Standards zu 100% erfüllt, bekommt die Zertifizierung C 100 (components, Bestandteile zu 100% umweltverträglich), M 100 (manufacture, Herstellung zu 100 % umweltverträglich), S 100 (social standards, Sozialstandards zu 100 % erfüllt). Die Standards werden zu einem grafischen Symbol gestaltet.

StW

StW	

Anträge	Empfehlungen der Antragskommission	
amit alle Betriebe Zeit zur Umstellung haben, liegt der Einstiegs- andard für staatliche Honorierung bei 50% Umweltverträglich-		
eit für C, M und S Standards. 10 Jahre nach dem Einstieg in die blidare Marktwirtschaft werden die 50 % Anforderungen auf 70 erhöht (wenn die gleiche staatliche Begünstigung erhalten bleien soll) und nach weiteren 10 Jahren auf 90 %. Den staatlich behonders gewürdigten 100 % Standard können Betriebe von Beginn		
n erfüllen. etriebe können als Ganzes den 100 % Standard erwerben und da- it werben, wenn alle Produkte die 100 % Anforderungen erfüllen. uch die Betriebe im Dienstleistungssektor werden erfasst. Hier utfällt möglicherweise die Zertifizierung für C (Bestandteile).		
1.3 Notwendige staatliche Regelungen er faire, staatlich geordnete und überwachte Wettbewerb sehr vier Marktteilnehmer ist die Grundlage. Der Staat gibt Rahmenrichtnien vor und setzt sie durch. Mit einem geeigneten Steuersystem		
Steuererleichterungen, -befreiungen, Importzölle) steuert er die achhaltigkeit des Wirtschaftens der Betriebe. Steuererleichterunen oder - befreiungen gibt es für die Einhaltung der 100 % Stanards, in abgeschwächter Form auch für die Einhaltung der 50 %		
andards (die in zwei Stufen auf 90 % erhöht werden). nportzölle in unterschiedlicher Höhe werden auf alle eingeführten rodukte, Halbfabrikate, Einzelteile, Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe and Dienstleistungen aufgeschlagen, die nicht die geforderten Kririen aufweisen.		
enn notwendig, fördert der Staat durch Subventionen die Markthigkeit von neuen Technologien und Produkten zur Erhaltung serer Wettbewerbsfähigkeit. Subventionen sollten in der Regel f die Einstiegs- und sozial verträglich gestaltete Ausstiegsphase s Technologien oder kurzzeitig zur Bewältigung von Krisen be-		
chränkt werden. t ein echter Leistungswettbewerb nicht möglich oder seine Ausirkungen für unsere Gemeinschaft eher schädlich, sollten staatch oder kommunal eingebundene Unternehmen mit der Zielvorabe Kostendeckung diese Aufgaben übernehmen. Dies trifft benoders bei Gütern und Dienstleistungen zur Daseinsvorsorge zu, ie Wasserversorgung, Abfallentsorgung, Bildungsangebote und bzialdienstleistungen.		
2 Der Wert menschlicher Arbeit		
ie Solidarität mit der Würde jedes Menschen gilt uneingeschränkt. eshalb sollte Arbeit nicht mehr in jedem Fall als Produktionsfaktor ngesehen werden, dessen Kosten es zu minimieren gilt. Jede Ver- itung einer Leistung, die von einem voll erwerbstätigen Mitarbei- r in einem Betrieb er-bracht wird, muss so bemessen werden, dass e seinen eigenständigen Lebensunterhalt ermöglicht. Deswegen		
nd betriebsnotwendige Arbeiten mit einem staatlich oder tarifver- nglich festgesetzten Mindestlohn zu vergüten. Tatsächlich gleiche eistung wird im Betrieb gleich bezahlt, egal ob der Mitarbeiter fest ngestellt, als Leiharbeiter oder als Fremdarbeiter in einem Werk- ertrag tätig ist. Wenn eine tarifvertragliche Lösung nicht möglich t, tritt der Staat als Gesetzgeber ein. Die Höhe der Vergütung muss nich Versorgungsansprüche im Alter sichern.		
3 Erfolgsbeteiligung für jeden Mitarbeiter		
sher führt die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer ein Schat- ndasein. Mit Recht fordern die Gewerkschaften für den Arbeit- hmer eine verlässliche, vorausplanbare Einkommensquelle. Nur bei den Lohnverhandlungen können Lohnerhöhungen, die voll an e höhere Produktivität gekoppelt sind, nicht durchgesetzt werden.		
e ist nicht genau vorhersehbar. Lohnnachschläge für erreichte roduktivitätserhöhungen blieben bisher auch fast immer darunter. in künftige Konkurrenzfähigkeit des Unternehmens darf nicht ufs Spiel gesetzt werden. Entsprechend höher fallen die Unterehmensgewinne aus. Nur wenige Mitarbeiter haben daran Anteil. uch das ist eine Ursache für die sich immer weiter öffnende Ein-		

Anträge

- Deshalb haben nicht nur Unternehmer und Manager, sondern jeder Mitarbeiter ein Recht auf Erfolgsbeteiligung neben dem monatlich festen Einkommen.
- Die Erfolgsbeteiligung sollte ab einer bestimmten Betriebsgröße (tarifvertraglich) verpflichtend eingeführt werden.

3.4 Regulierung Finanzsektor

Keine private Bank darf Systemrelevanz haben, sonst ist eine Verkleinerung notwendig. Auf jeden Fall muss eine Abtrennung des Investmentgeschäfts vom eigentlichen Bankgeschäft erfolgen. Geschäfte ohne eigentliche Substanz (Wetten) müssen durch Besteuerung gesteuert werden.

Besonders die Schattenfinanzwirtschaft braucht auch staatliche Regulierung.

Investoren, die ihr Geld längerfristig an ein Unternehmen binden (Investition im eigentlichen Sinn) sind von Finanzinvestoren, die ihr Geld nur kurzfristig in ein Unternehmen geben - oft nur Bruchteile einer Sekunde um es dann sofort wieder abzuziehen (Hochfrequenzhandel) – zu unterscheiden und steuerlich unterschiedlich zu behandeln.

3.5 Gemeinwohl und betriebliche Interessen, Datenschutz

Die persönliche Freiheit endet dort, wo sie die Freiheit eines anderen einschränkt. In diesem Sinn treten im Zweifelsfall betriebswirtschaftliche Forderungen hinter solche, die der Allgemeinheit besser dienen, zurück. Der Klageweg über die ordentlichen Gerichte steht offen.

Beim persönlichen und betrieblichen Datenschutz dürfen europäische Standards nicht weiter aufgeweicht werden.

StW